

Beschluss der Mitgliederversammlung der Sozialistischen Linken 27.01.2019

I. Die Sozialistische Linke als linkes Zentrum der LINKEN stärken

Zwei Gründe waren ausschlaggebend für die Gründung der Sozialistischen Linken am 19. August 2006 in Wuppertal:

1. Einer davon ist in unserer Gründungserklärung vom 03.02.2007 ausdrücklich angesprochen:
*„Wir halten die Bildung einer sozialistischen linken Strömung für notwendig, die realistisch, kritisch, radikal und klassenorientiert zugleich ist, also von den Interessen der lohnabhängigen Mehrheit der Bevölkerung ausgeht. Keine andere bisher hervorgetretene Strömung in der neuen LINKEN wird diesem Anspruch gerecht.
Anders als links-utopistische Strömungen betonen wir, dass es nicht ausreicht, Veränderungen nur zu wollen und seine Wünsche möglichst laut herauszuposaunen. Vielmehr müssen wir schon heute an fortschrittlichen gesellschaftlichen und politischen Strukturen ansetzen und sie den Bedürfnissen des Menschen entsprechend weiter entwickeln und verändern.
Wir grenzen uns aber auch ab gegenüber Ansätzen in der neuen LINKEN, die sich in den Verhältnissen einrichten und lediglich in diesem Rahmen die Probleme lindern wollen. Unzumutbare Zustände aufzuheben, muss Ziel linker Politik bleiben.“*
2. Der zweite Grund wird in der Gründungserklärung nicht explizit benannt, war aber allen Gründungsmitgliedern bewusst:
Es brauchte eine organisierte Kraft, um die Quellparteien zusammenzuführen: Rechte und linke Sektierer in der WASG („Leverkusener Kreis“ und „Netzwerk linke Opposition“) wollten die Gründung der LINKEN verhindern bzw. stellten unannehmbare Maximalforderungen (AKL und „Reformer“), die einen Zusammenschluss zur LINKEN unmöglich gemacht hätten.
Die Sozialistische Linke hat damals entscheidende Beiträge dazu geleistet, all diese Widerstände zu überwinden und die Parteigründung voranzubringen.
Und seit der Parteigründung war die SL als linkes Zentrum in der LINKEN stets darauf bedacht, die Partei zusammenzuhalten und den innerparteilichen Pluralismus als wesentliches Kennzeichen der Partei zu stärken.

An diese Tradition muss die Sozialistische Linke jetzt wieder sehr viel deutlicher anknüpfen:

Die verschärfte gesellschaftliche Krise spiegelt sich in erschreckender Weise zunehmend auch in einer Krise der LINKEN wider, die an die Zeiten vor dem Bundesparteitag 2012 erinnert.

Gerade jetzt ist es die Aufgabe der SL, wieder als linkes Zentrum in der LINKEN wirksam zu werden und alles für den Zusammenhalt der Partei und für die Stärkung des innerparteilichen Pluralismus zu tun.

Das setzt auch voraus, die Einheit und Handlungsfähigkeit unserer Strömung wiederherzustellen und allen Versuchen entgegenzutreten, den Gründungskonsens der SL aufzukündigen.

II. Chancen ergreifen

(Die nachfolgende Antragspassage knüpft an den Aufruf „Chancen ergreifen – DIE LINKE stärken“ an, setzt aber ganz bewusst an einigen wenigen Stellen etwas andere Akzente, um eine breitere Konsensfindung zu ermöglichen:)

Eine populäre linke Alternative zur herrschenden Politik ist nötiger denn je: Die neoliberale Politik treibt die Entfesselung der Märkte, Privatisierung und Umverteilung zugunsten der Reichen weiter voran. Die Demokratie wird ausgehöhlt, Konfrontation und Aufrüstung betrieben: hierzulande, in der EU und weltweit.

Die nationalistische Rechte erstarkt, indem sie Ängste vor sozialem Abstieg und vor Zuwanderung anspricht und sich als Protestpartei darstellt. Dabei steht sie selbst gegen soziale Politik, sie treibt die Menschen gegeneinander und lenkt ab von wirklichen Alternativen.

Die neoliberal deformierte Sozialdemokratie erlebt einen rapiden Niedergang, der auch durch kosmetische Korrekturen an einzelnen Schröder'schen „Reformen“ allenfalls vorübergehend gebremst werden kann und letztlich zusätzliche Frustrationen über „die da oben“ auslösen wird.

Doch es gibt auch positive Entwicklungen: Beschäftigte kämpfen mit großer Unterstützung aus der Bevölkerung für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen. Hunderttausende Menschen gehen #unteilbar gegen Rassismus und gegen Rechts auf die Straße, wehren sich gegen steigende Mieten, kämpfen gegen die drohende Klimakatastrophe oder unterstützen die Sammlungsbewegung „Aufstehen“.

Unsere Partei DIE LINKE ist an vielen Bewegungen aktiv beteiligt und gewinnt neue Mitglieder. Sie schafft es aber bisher nicht einmal ansatzweise, die Verluste der SPD auszugleichen und das Erstarren der AfD zu verhindern.

Unterschiedliche Ansichten und Einschätzungen und eine Debatte darüber sind normal in einer demokratischen Partei. Sie müssen aber sachlich und fair miteinander ausgetragen werden. Entscheidend ist, dass wir uns auf das konzentrieren, was uns verbindet. Nur so werden wir unserer erhöhten Verantwortung gerecht.

Wir wollen, dass DIE LINKE gesellschaftliche und politische Bündnisse fördert, um Mehrheiten und politische Durchsetzungsmacht zu gewinnen. Sie muss den verschiedenen sozialen und politischen Bewegungen, die sich für linke Ziele einsetzen, mit Dialog und Partnerschaft begegnen.

Das gilt auch für die neue Sammlungsbewegung „Aufstehen“, mit der es weitgehende politisch-inhaltliche Übereinstimmungen gibt. Viele von uns sehen „Aufstehen“ als Ergänzung zur Partei und als eine Chance, Menschen wieder oder neu für soziale und linke Politik zu gewinnen. Tausende LINKE-Mitglieder unterstützen „Aufstehen“ aktiv. Andere betrachten „Aufstehen“ als mögliche Konkurrenz zur LINKEN und kritisieren das inhaltliche Profil. Auch viele von uns sind skeptisch. Wir halten aber eine solidarische Diskussion und ein konstruktives Verhältnis statt Abgrenzung für nötig. Wenn DIE LINKE sich als parteipolitischer und parlamentarischer Ansprechpartner für die politischen Anliegen von „Aufstehen“ präsentiert, kann das zur wechselseitigen Stärkung führen.

DIE LINKE vereint in sich Menschen verschiedener Herkunft, kultureller und politischer Milieus. Wir wollen möglichst viele Menschen ansprechen und gewinnen. Menschen, die sich für soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte und Emanzipation einsetzen; für Frieden, Ökologie und Demokratie; für die Interessen der Vielen, gegen die Herrschaft des großen Kapitals und gegen Rechts.

Auf dieser Grundlage muss DIE LINKE unterschiedliche Positionen zu einzelnen Fragen akzeptieren, sachlich diskutieren und die weitaus größere Zahl an Gemeinsamkeiten betonen – etwa zur Zukunft der Arbeit und des Sozialstaats, zum Grundeinkommen, zur EU und zur internationalen Politik wie auch zur Migrationspolitik. Es darf keine Ausgrenzungen geben, alle relevanten Gruppen und Positionen in der LINKEN müssen auch in Funktionen und Mandaten vertreten sein.

Wir wollen eine einige linke Fraktion im Bundestag und auch im 2019 neu gewählten Europäischen Parlament. Wir erwarten von den Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger sowie den Fraktionsvorsitzenden Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht, dass sie konstruktiv zusammenarbeiten und so gemeinsam dazu beitragen, DIE LINKE voranzubringen.

Wir wollen die Partei und die gesellschaftliche Linke stärken: Das geht nur gemeinsam und nicht gegeneinander.